

Fundamentalismus, Reformismus, Modernismus

Zunächst kann von einem einheitlichen islamischen Block keine Rede sein. Die islamische Welt ist in zahlreiche Staaten zergliedert, die vor allem in den letzten 100 - 150 Jahren ganz unterschiedliche Entwicklungen genommen haben. So hat auch der Islam in diesen einzelnen Ländern unterschiedliche Ausprägungen angenommen, es existieren aber auch innerhalb eines Landes Anhänger unterschiedlicher Strömungen des Islam. Dies sollte man sich vor Augen halten, wenn es um die Einschätzung politischer Entwicklungen in diesen Staaten geht. Eine grobe Aufteilung politischer islamischer Strömungen ist die in eine fundamentalistisch-traditionalistische, eine reformistische und eine modernistische. Dabei ist die fundamentalistisch sicherlich diejenige, die uns hier im Westen am häufigsten in den Schlagzeilen begegnet. Der Begriff Fundamentalismus stammt eigentlich aus dem Bereich des Christentums und beschreibt dort bestimmte Strömungen des Protestantismus. Schon deshalb lehnen viele Menschen auch im Westen seine Verwendung zur Beschreibung von Vorgängen im Islam ab. Sie sprechen lieber von Islamisten. Damit wird jedoch verwischt, daß der Fundamentalismus eine Erscheinung ist, die in unterschiedlichen Religionen anzutreffen ist.

Die islamischen Fundamentalisten streben die vollständige Islamisierung der Gesellschaft und des Staatswesens an, die buchstabengetreue Befolgung des Koran. Dabei gibt es gemäßigte Gruppen die dies allmählich erreichen wollen und andere, die diese Islamisierung in einer radikalen Umwälzung möglichst schnell und unter Einsatz aller Druckmittel anstreben. Sie bieten den Menschen den Islam als einzige Möglichkeit an, die Krisen der Zeit zu überwinden und eine sichere Zukunft zu erreichen. Beispiel für diese Strömung an der Macht: Taleban in Afghanistan, Iran

Auch die Reformisten wollen einen Staat auf der Grundlage des Islam. Allerdings möchten sie nicht buchstabengetreu den jahrhundertealten Überlieferungen folgen sondern die Aussagen des Koran auf seine ursprünglichen Anliegen hin untersuchen und deuten. Diese wollen sie entsprechend der veränderten Lebensumstände heute anwenden. Dabei sollen die Belange nichtmuslimischer Gruppen berücksichtigt werden, das islamische Gesetz jedoch für die Muslime Geltung haben. Beispiel für diese Strömung an der Macht: Jemen

Die Modernisten streben eine Gesellschaft an, die zwar durch die islamistischen Traditionen geprägt ist, jedoch für Elemente aus der modernen Welt offensteht. Eine spezielle Richtung will darüber hinaus die im traditionellen Islam verankerte Einheit aus Staat und Religion zumindest zum Teil aufheben, also eine Säkularisierung der islamischen Gesellschaft. Die Moderne als ein Begriff aus westlicher Gesellschaftstheorie beschreibt Entwicklungen des Rechtsstaates, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Säkularisierung und der Individualisierung in Folge der Aufklärung. Die islamischen Modernisten halten den Islam für fähig, sich an diese Entwicklungen anzunähern und sehen die Notwendigkeit dazu, um den islamischen Staaten einen entsprechenden Platz in einer so definierten modernen Welt zu sichern. Beispiel : Türkei nach Atatürk

Politische Situation in den islamischen Staaten

Bis ins 19. Jahrh. war die islamische Welt grob in das Osmanische Reich und Persien unterteilt. Das Osmanische Reich umfasste dabei die Türkei, die nördlichen Küstenregionen der arabischen Halbinsel mit dem heutigen Irak, Syrien, Jordanien, Palestina, Agypten sowie die Mittelmeeranrainer Lybien und Tunesien. Darüber hinaus erstreckte sich das Reich nach Südosteuropa mit dem heutigen Griechenland, Bulgarien, Bosnien und Serbien aber auch die Randgebiete des Schwarzen Meeres mit Teilen der heutigen Ukraine und Georgien.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts begann in Nordafrika die Okkupationen durch die Kolonialmächte. Algerien und Tunesien wurden durch Frankreich anektiert und Agypten durch England. Zu Beginn des 20. Jahrh. entstehen in den Balkanstaaten Unabhängigkeitsbestrebungen, die von Österreich unterstützt bzw. zu seinen Gunsten ausgenutzt werden. Das Osmanische Reich wird vom Balkan verdrängt. Lybien wird von Italien besetzt. Im I. WK verbündet sich das Osmanische Reich mit Deutschland und Österreich und zählt in Folge zu den Verlierern des Krieges. Sein Machtbereich wird auf das Gebiet der heutigen Türkei beschränkt. Syrien wird französisch, Palästina, Jordanien sowie der Irak britisch.

In der Türkei setzte sich 1923 mit Kemal Attatürk an der Spitze die Kräfte durch, die in der Säkularisierung, der Trennung von Staat und Kirche die Bedingungen für einen modernen, an die wirtschaftliche Entwicklung des Westens angebondenen Staat sahen. Eine ähnliche Entwicklung fand unter der Herrschaft des Hauses Pahlewi im Iran statt. In den arabischen Ländern dauerte es bis in die 50er und 60er Jahre bis der offene Kolonialismus zu Ende ging. Die ehemaligen Kolonialherren trugen dafür Sorge, daß in der Regel mit dem Westen sympathisierende Regierungen die Macht übernahmen. Ausnahme blieb zunächst Algerien, daß in einem blutigen Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich 1962 die Unabhängigkeit errang und wo sich eine Volksrepublik nach sozialistischem Muster etablierte. Ägypten wurde 1958 zur Republik, ebenso der Irak. Unter der Kolonialherrschaft war der Islam als politische Kraft in den Hintergrund gedrängt worden. Die islamische Einheit, die Umma war zerstört, eine Vielzahl von Staaten mit häufig willkürlichen Grenzziehungen war vom Kolonialismus hinterlassen worden. Kulturell waren westliche Werte der Kolonialherren in die region gekommen und standen im Widerstreit mit alten Traditionen Auch nach der Erringung der Unabhängigkeit blieb der Islam auf politischer Bühne im Hintergrund. Auf die Tagesordnung setzten die neuen Regierungen den Ausbau der Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren, die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands und die Wiederherstellung der Einheit der arabischen Welt. Auch wenn das Streben nach Einheit oft nur eine Worthülse war, traf es die Stimmung der Bevölkerung. Die Steigerung des Wohlstandes konnte vor allem in den Ölländern erzielt werden. Quelle des Reichtums aber gleichzeitig Grund für eine starke Abhängigkeit vom Westen waren die Ölvorkommen vor allem in Ländern wie Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten, Kuwait, Irak und Iran. Die Einheitsbewegung fand ihren Kristallisationspunkt in der Gegnerschaft zum in ihre Mitte gepflanzten Staat Israel. Die Abhängigkeit von außen blieb. Im Kalten Krieg wurden auch die arabischen Staaten Objekt der Begierde des Westens wie des Ostens und gingen unterschiedliche, auch

wechselnde Beziehungen zu einem der beiden Blöcke ein. Da die wirtschaftliche-technische Entwicklung nicht ausreichend voranschritt, waren die Länder von Importen abhängig. Dies führte spätestens seit den siebziger Jahren zu steigenden Auslandsschulden und auch zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich im Inneren. Auch der arabische Nationalismus als Klammer reichte da auf Dauer nicht aus. Die innergesellschaftlichen Probleme, deren Ursache in der Abhängigkeit vom vor allem westlichen Ausland gesehen wurde und in hohem Maße real auch ist, bieten den Islamisten eine gute Grundlage zur Verfolgung ihrer Ziele. Sie können den Islam als etwas dem Westen völlig entgegengesetztes anbieten, auf die immer präsent gewesene kulturelle Bedeutung des Islam zurückgreifen und auf eine glorreiche Vergangenheit verweisen, als die islamische Welt ein Machtfaktor war. Somit stellen sie für große Teile der Bevölkerung eine überzeugende Alternative zu den erfolglosen, korrupten derzeit herrschenden Kreisen dar.

Westliche Haltung - USA

Wie sieht nun heute die Positionen des Westens gegenüber den islamischen Staaten aus und wie ist die Haltung gegenüber den fundamentalistischen Bewegungen? Hierbei ist grob zu unterscheiden sicherlich die Haltung der USA im Gegensatz zu der der Europäischen Union, obwohl letztere sicherlich ebenfalls kein einheitliches Bild abgibt.

Die Haltung der USA ist geprägt durch die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen im Bereich der Erdölversorgung sowie in der Vergangenheit durch die strategischen Interessen im Ost-West-Konflikt. Beides war nicht voneinander zu trennen. Die Unterstützung Israels als stark am Westen orientiertem Staat hatte dabei die Funktion, einen sicheren Verbündeten in der Region zu etablieren. Die Erdölinteressen verlangten jedoch auch nach intensiven Kontakten zu den islamischen Ländern. Dabei spielte - wie in anderen Weltregionen auch - die innenpolitische Ausrichtung dieser Länder nur eine untergeordnete Rolle. Egal ob Monarchie, Oligarchie oder Diktatur, entscheidend war die Anbindung an amerikanische bzw. westliche Politik- und Wirtschaftsinteressen. Einen ersten vom Ost-West-Konflikt unabhängigen Bruch gab es durch den Sturz des westlich orientierten Schah-Regimes im Iran 1979 und die Machtübernahme durch antiwestlich orientierte Islamisten. Damit entstand erstmals ein Machtfaktor in der Region, der aus dem Gleichgewicht des Ost-West-Gegensatzes ausbrach und sich trotzdem gegen den Westen wandte. Die Geiselnahme an amerikanischen Staatsbürgern und die mißglückte Befreiungsaktion diskreditierte die USA in der arabischen Welt. Auch der eigenständige Kurs Libyens war den USA ein Dorn im Auge. Die Zuspitzung solcher gefährlichen Tendenzen stellte dann die Entwicklung im Irak dar, dessen Ansätze einer eigenständigen Politik in den zweiten Golfkrieg 1991 mündete. Unabhängig davon, daß die innenpolitische Situation in den genannten drei Ländern sicherlich zu kritisieren ist, ist die heutige, gegen diese Länder gerichtete Haltung der USA mehr mit deren antiwestlicher Haltung zu erklären als mit der Mißachtung von Menschenrechten, die ja auch in anderen arabischen Ländern zu beobachten ist. Auch der Fundamentalismus wird nur dort angegriffen, wo er den Interessen der USA in dem Land zuwider läuft.

Vor diesem Hintergrund entstand in den USA 1993 eine Diskussion um die Thesen des renommierten Politologen Samuel Huntington. Er veröffentlichte einen Aufsatz mit dem Titel „The Clash of Civilisation“, der als „Zusammenprall der Kulturen“ übersetzt werden kann. Dieser Aufsatz des auch als Regierungsberaters angesehenen Huntingtons erregte großes Aufsehen. Er geht darin davon aus, daß der Kalte Krieg abgelöst wird durch ein neues Hervortreten alter kultureller Differenzen zwischen verschiedenen Regionen der Welt. Dabei behauptet er, daß sich diese Kulturregionen nicht im Zuge wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen weiter angleichen, sondern in ihren Unterschieden beharren und sich verstärkt feindlich gegenüberstehen werden. Vor allem zwischen der islamischen und der westlichen Kultur sieht er Spannungen im Entstehen. „Muslimische Kriegslust und Gewaltbereitschaft sind Ende des 20. Jahrhunderts eine Tatsache, die weder Muslime noch Nichtmuslime leugnen können“ so ein Zitat aus dem Anfang dieses Jahres auch in Deutschland erschienen Buches von Huntington.

Solche Thesen sind selbstverständlich herzlich willkommen bei Militärs und

Rüstungsproduzenten, die nach dem Ende des Kalten Krieges um ihre Arbeitsplätze bzw. um ihre Gewinne fürchten mußten. Und sie sind nachträgliche Rechtfertigung für US-Militärs die im Golfkrieg mit überlegener Technik hunderte irakischer Soldaten in den Wüstensand Bomben ließen. Auch in Deutschland hat man diese Thesen wohl zur Kenntnis genommen.

BRD

Im Gegensatz zur Haltung der USA versucht die Bundesrepublik zumindest an einigen Punkten einen eigenständigen Kurs gegenüber den islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zu fahren. Dabei ragen besonders die Beziehungen zur Türkei und zum Iran heraus. Anknüpfend an historische Beziehungen zum Osmanischen Reich vor dem I. WK und zur republikanischen Türkei nach 1918 hat die BRD auch nach 1945 allmählich intensive Kontakte zur Türkei aufgebaut. Heute steht sie in umfassenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Land am Schwarzen Meer. Ungeachtet aller Kritik an der Menschenrechtsituation im Land und an der Kriegsführung gegen die Kurden bestehen auch enge militärische Beziehungen.

Zweite Sonderbeziehung Deutschlands ist die zum Iran. Auch hier lassen sich historische Wurzeln bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurückverfolgen. Besonders während des Schah-Regimes in den 50er, 60er und 70er Jahren war die BRD führender Handelspartner des Iran. Nach dem Sturz des Schah drängte der damalige Außenminister Genscher auf eine Fortsetzung der Kontakte auch zur neuen islamischen Regierung, die auch während der US-Geiselauffäre und während der iranisch-irakischen Krieges Bestand hatten. Heute ist Deutschland größter Lieferant des Irans und größter Abnehmer der Nichtölprodukte des Landes. Deutsche Firmen sind an Großprojekten des Landes beteiligt und geraten immer wieder in die Schlagzeilen bei kritischen Projekten wie Giftgas- oder Atomanlagen. Vor allem in den letzten zwei Jahren ist diese Sonderrolle - in die Deutschland die EU zum Teil mit hineingeleitet hat - in die Kritik vor allem aus USA geraten. Die aktuellen Hinweise, iranische Regierungskreise seien für den Mykonos-Anschlag direkt verantwortlich, setzen die als „Kritischen Dialog“ bezeichnete Außenpolitik Deutschlands stark unter Druck.

Die deutsche Politik in diesen beiden Fällen ist von Wirtschaftsinteressen und dem Wunsch einer eigenständigen außenpolitischen Rolle an den Rändern Europas geleitet. Trotzdem - oder vielleicht durchaus damit in Einklang - bereitet sich auch die Bundeswehr auf den Kampf der Kulturen vor. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 verweisen auf die Rolle der Armee bei der Aufrechterhaltung des Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt. Und in der Zeitschrift Truppenpraxis/Wehrausbildung zeichnete im letzten Jahr der Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognosen beim Amt für Nachrichtenwesen, Oberstl. Herden, das Bild künftiger Kriege zwischen verschiedenen Zivilisationen. Die wohlhabenden Staaten müßten im kommenden Jahrhundert ihren Wohlstand gegen die Völker der armen Staaten verteidigen. Vor diesem Hintergrund bekommt die Umstrukturierung der Bundeswehr mit flexiblen, schnell einsetzbaren Krisenreaktionskräften eine besondere Bedeutung. Auch der „Abrüstungsexperte“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedbert Pflügler verbreitete Anfang dieses Jahres Huntingtons The-

sen vom Kampf der Kulturen z. B in der WAZ und forderte entsprechende Rüstungsmaßnahmen ein.

Das Zurückbleiben der Staaten der sog. Dritten Welt in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, das immer weitere Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich im internationalen Maßstab sind realer Anlaß zur Sorge über die zukünftige Entwicklung im Verhältnis der Völker. Doch anstatt dies sorgfältig zu analysieren und Entwicklungen in Hinblick auf eine gerechtere Verteilung der Ressourcen in der Welt anzustreben, verfallen Wissenschaftler, Politiker und Militärs in eine Wagenburgmentalität. Den Wohlstand des Westens absichern, die Rohstoffversorgung aufrechterhalten, die Armen stoppen, wenn sie ihren Anteil haben wollen. Dazu braucht man neue Truppenverbände, neue Waffen. Dazu brauchen diese Leute Feindbilder, brauchen sie das Schreckgespenst vom kriegerischen Islam.

Schluß

Kulturelle Unterschiede zwischen den Menschen in verschiedenen Regionen dieser Welt sind nicht wegzudiskutieren. Auch wenn im Wirkungsbereich der westlichen Kultur ein Vorsprung in den technisch/wirtschaftlichen Entwicklungen zu verzeichnen ist, kann das jedoch nicht bedeuten, daß alle Menschen nach und nach diese westlichen Werte und Normen übernehmen müssen. Eine solche Sichtweise entspringt altem kolonialen Denken. Trotzdem ist in diesem Wertesystem vieles enthalten, was für alle Menschen vorteilhaft sein kann und für sie gelten sollte. Dazu gehören Vorstellung vom Wert des menschlichen Lebens und der Verwirklichung bestimmter individueller Freiheiten und Rechte. Doch ihre umfassende Anerkennung kann nicht durch Zwang sondern nur im Dialog und im Austausch mit anderen Kulturen, mit anderen Wertesystemen erreicht werden. Ziel eines solchen Austausches sollte die Formulierung und Anerkennung eine gemeinsamen Weltethos sein, das Basis für das friedliche Zusammenleben der Völker sein kann. Grundlage eines solchen Dialoges ist die Schaffung einer gerechteren Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen und Erträge, eine Angleichung in Wohlstandsniveau der Länder dieser Erde.

Denjenigen Käften, die den Wohlstand des westlichen Welt - und in erster Linie ihren persönlichen - mit Waffengewalt verteidigen wollen, ist ein klare Absage zu erteilen. Militärische Programme mit solchen Zielen wie die Verteidigungspolitischen Richtlinien sind außer Kraft zu setzen. Umstrukturierungen der Bundeswehr und waffentechnische Neuentwicklungen in diesem Zusammenhang sind ebenfalls zu stoppen bzw. rückgängig zu machen.

Dem Schüren von Feindbildern mit dem Ziel der psychologischen Unterstützung solcher Kriegsszenarien muß entschieden entgegengewirkt werden. Realistische Aufklärung über Hintergründe bestimmter Entwicklungen in uns fremden Kulturen muß - z.B. in den Medien - breiter Raum eingeräumt werden. Dies schließt auch die kritische Auseinandersetzung mit der Einschränkung von Rechten Einzelner in anderen Ländern ein.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat viele Widersprüche in der Welt wieder in den Vordergrund treten lassen. Diese Widersprüche werden sich verschärfen, wenn nicht auf vielfältige

Weise nach Lösungen gesucht wird. Dabei ist jeder/e im Rahmen seiner/ihrer Möglichkeiten gefordert.